



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Eidgenössisches Departement für Umwelt,
Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK

Frau Bundesrätin Simonetta Sommaruga

Bundeshaus Nord
CH-3003 Bern

Regierungsratsbeschluss vom 30.08.2022

Vernehmlassung zum Bundesbeschluss über die Verpflichtungskredite ab 2024 für Beiträge an Massnahmen im Rahmen des Programms Agglomerationsverkehr: Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 10. Juni 2022 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zum Bundesbeschluss über die Verpflichtungskredite ab 2024 für Beiträge an Massnahmen im Rahmen des Programms Agglomerationsverkehr zukommen lassen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und nehmen diese Möglichkeit gerne wahr.

Wir schätzen es sehr, dass der Bund dem Agglomerationsprogramm Basel eine sehr hohe Wirksamkeit attestiert hat. Er würdigt damit die im Rahmen der 4. Generation erzielten Fortschritte unseres trinational abgestimmten Programms und unser unermüdliches Engagement für die Umsetzung der Massnahmen aus den Vorgängergenerationen.

Das beiliegende Dokument stellt die gemeinsame Stellungnahme der Agglomeration Basel dar, wie Sie von der trinationalen politischen Steuerung des Agglomerationsprogramms am 26. August 2022 einstimmig beschlossen wurde. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt unterstützt diese Stellungnahme vollumfänglich.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt will insbesondere die Wichtigkeit der in dieser gemeinsamen Stellungnahme aufgeführten Forderungen in Zusammenhang mit dem Ausbau des Bahnknotens Basel betonen. Der Stossrichtungsentscheid aus der strategischen Planung für den Bahnknoten Basel ist von den Bahnknoten-Partnern, unter Federführung des Bundesamts für Verkehr BAV, einstimmig beschlossen worden. Er sieht mit dem «Herzstück» die unterirdische Verbindung der beiden Bahnhöfe Basel SBB und Basel Bad Bf. vor. Ein Verzicht auf den Ausbau der S-Bahn Basel würde die Möglichkeiten für eine umweltfreundliche Mobilität stark reduzieren und hätte gravierenden Einschränkungen der Verkehre von nationaler Bedeutung zur Folge. Die Ausführungen im Prüfbericht zum Agglomerationsprogramm Basel zur trinationalen S-Bahn Basel im längerfristigen Horizont sind deshalb auf den Schlussbericht der strategischen Planung für den Bahnknoten Basel («Fünfpunkteplan») abzustimmen. Damit einhergehend ist auch der Handlungsbedarf bei allen Mobilitätsdrehscheiben in Basel inklusive der Umpriorisierung der vor 2032 zu realisierenden Drehscheiben an den S-Bahnhaltestellen Morgartenring und Solitude anzuerkennen. Es ist unumgänglich, dass der Bund Projekte wie beantragt mitfinanziert, die für eine

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

adäquate Erschliessung und Entwicklung der Agglomeration, für die innere Verdichtung, für die Stärkung des öffentlichen Verkehrs und für die optimale Abstimmung von Siedlungs- und Verkehrsentwicklung von herausragender Bedeutung sind.

Wir danken Ihnen im Voraus für die angemessene Berücksichtigung unserer Forderungen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Beilage

Stellungnahme der trinationalen Trägerschaft des Agglomerationsprogramms Basel zur Vernehmlassungsvorlage des Bundesrats

Kopie an

Bundesamt für Raumentwicklung ARE (per Mail an info@are.admin.ch)

Geschäftsstelle Agglo Basel (per Mail an info@agglobasel.org)